

21.03.2022

Aktuelle Stunde

auf Antrag
der Fraktion der AfD

Häusliche Gewalt in Nordrhein Westfalen nimmt zu – Die Zeit zum Handeln ist zwingend notwendig.

Im Jahre 2021 sind laut Landeskriminalamt (LKA) in NRW mehr Fälle häuslicher Gewalt erfasst worden als im Jahr zuvor.¹ Ein Anstieg, der im direkten Zusammenhang mit der Corona-Pandemie und mit den daraus resultierenden Lockdown-Maßnahmen der Landesregierung stehen könnte.

Meist geht es dabei um Gewalt innerhalb der direkt zusammenlebenden Familie. Insgesamt seien 30.759 Fälle erfasst worden, heißt es in einem jetzt veröffentlichten Lagebild des LKA. Knapp 70 Prozent der Betroffenen seien Frauen.² Dabei handelt es sich jedoch ausschließlich um die gemeldeten Fälle, die Dunkelziffer könnte weitaus höher sein.

Die soziale Isolation der Familien und die Reduzierung des gesellschaftlichen Zusammenlebens haben kritische Strukturen innerhalb der Familien geschaffen.

Häusliche Gewalt ist ein Problem, das sich durch alle sozialen Schichten in Deutschland zieht, Faktoren wie Status, Bildungsgrad oder Wohnort sind nicht ausschlaggebend. Es bedarf eines flächendeckenden Beratungsangebots für Opfer häuslicher und sexualisierter Gewalt, um die Folgen der Pandemiepolitik aufzufangen.

Vor diesem Hintergrund ist es dringend geboten, dass der nordrhein-westfälische Landtag diesen Themenkomplex berät und sich klar positioniert.

Im landesweiten Schnitt verbringen Frauen in der Regel drei bis sechs Monate in einem Frauenhaus. Die Einrichtungen werden vom Land NRW finanziell gefördert. Corona-Sonderzahlungen sollten hier zum Beratungsgegenstand werden, insbesondere im Hinblick auf eine Ausweitung des Beratungsangebots.

Dr. Martin Vincentz
Andreas Keith

und Fraktion

¹ <https://www1.wdr.de/nachrichten/gewalt-frauen-nrw-102.html>

² Ebd.